

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/19

Bad Godesberg, den 5. Oktober 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Auch in Zukunft sozialer Wohnungsbau 38

Zur wohnungsbaupolitischen Debatte im Bundestag

Von Rudi Fux

3 Aus alt mach neu 44

Gesunder, bequemer und sicherer wohnen
Eine Chance für Hausbesitzer und gute Mieter

4 Zwei bemerkenswerte Reden zur Deutschen Frage 4

Conve de Murville und Jens Otto Krag in den USA

Von Eberhard Dingels

5 - 6 Moskau in Zahlen 67

Perspektiven einer Millionenstadt

Von Walther Ramm

* * *

Auch in Zukunft sozialer Wohnungsbau

Zur wohnungshauptpolitischen Debatte im Bundestag

r.d. - Wenn es in den Nachkriegsjahren einen besonderen Ausdruck für die soziale Bestimmtheit unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung gegeben hat, so war dies der soziale Wohnungsbau. Hier war die ganze Gemeinschaft verpflichtet worden, für die sozial schwächsten Schichten unserer Bevölkerung das in den Jahren des Krieges zerstörte, vernachlässigte und überalterte Gut Wohnung Ersatz zu schaffen. Diese Verpflichtung zur Beseitigung der ersten Not mündete schließlich in eine Neuordnung, die nicht nur entscheidend unseren Lebensstandard hob und neue Maßstäbe setzte. Dieses riesenhafte Nachkriegsproblem änderte das Gesicht unserer Städte und der Landschaft weit darüber hinaus und wurde sogar zum Ausdruck einer Lebenshaltung und -gesinnung einer neuen Zeit.

Von der künstlich erzeugten Rezession - die Bundesbank veranlagte mit ihrer Restriktionspolitik insbesondere die Kommunen und den Wohnungsbau vom Kapitalmarkt - war der soziale Wohnungsbau besonders betroffen, nachdem bereits der Bundestag die öffentlichen Zuschüsse zum sozialen Wohnungsbau kontinuierlich beschnitten hatte. Die Einschränkung des sozialen Wohnungsbaus erfolgte zur besonderen Freude jener, denen das Mietniveau im sozialen Wohnungsbau die Möglichkeit beschränkte, auf dem knappen Wohnungsmarkt den höchstmöglichen Marktpreis zu erzielen. Diesen Kreisen war neben dem sozialen Wohnungsbau der soziale Kündigungsschutz und die Mietpreiskontrolle ein weiteres Grauel, das sie an der Ausnutzung der Knappheitspreise hinderte. Sie haben es durchgesetzt, daß mit Hilfe dubioser statistischer Daten eine gewisse Marktsättigung konstruiert wurde, die es angeblich erlaubte, den sozialen Kündigungsschutz abzubauen und die Mieten weitgehendem freien Markt zu überlassen. Seither wird die Steigerung der Lebenshaltungskosten weitgehend durch das Anziehen der Mietpreise bestimmt.

Rund 9 5 Millionen Wohnungen sind in den Nachkriegsjahren gebaut davon sind etwa 4,7 Millionen mit Hilfe öffentlicher Mittel des Bundes und der Länder im sozialen Wohnungsbau errichtet worden. Der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen am gesamten Wohnungsbau der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren laufend vermindert, von 75 Prozent in den Jahren von 1949 bis 1952 auf immer noch mehr als 50 Prozent in den Jahren 1955 bis 1959. Seit 1960 ist er kontinuierlich bis auf ein Drittel im Jahre 1966 abgesunken. Als auch der Bundeshaushalt in die Krise geriet, drohten weitere Kürzungen und eine Schrumpfung des sozialen Wohnungsbaus zu einer Zeit, da der Wohnungsmarkt völlig von sozialen Bindungen befreit werden sollte. Das hätte bezüglich der Wohnungsverorgung, wie auch der Mieten zu sozial unerträglichen Verhältnissen führen müssen.

Daher beschäftigte sich, insbesondere auch auf Drängen der Kommunen und der Länder der Bundestag wiederum einmal mit zwei Gesetzentwürfen zur Wohnungswirtschaft. Der erste soll den Termin des Übergangs der Wohnungswirtschaft in den freien Markt zumindest in noch immer unbefriedigend versorgten Gebieten um ein weiteres Jahr hinausschieben. Der zweite Gesetzentwurf soll Ersatz schaffen für die im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung und des Haushaltsausgleichs dem Wohnungsbau entzogenen Förderungsmittel.

Hatte bereits der gebietsweise Übergang des Wohnungsmarktes in die freie Marktwirtschaft jahrelang die Gemüter in der Bundesrepublik bewegt, so waren es in den letzten Wochen vorwiegend die drohenden Auswirkungen des Zinserhöhungsgesetzes. Mit diesem Gesetz sollen die bisher zinsfreien bzw. niedrig verzinnten öffentlichen Kredite im sozialen Wohnungsbau, bei Bauten, die bis 1960 erstellt wurden, mit einem Zins von 4 Prozent belastet werden. Daraus können sich im Durchschnitt Mieterhöhungen für etwa zwei Millionen Wohnungen im Bundesgebiet bis zu 25 % ergeben. Es hat besondere Erregung verursacht, daß für bestimmte Gruppen der hiervon betroffenen Mieter zuzügliche Mieterhöhungen durch den Fortfall der Hauszinssteuervergünstigung und über erhöhte Sonderabgaben ab 1. Januar 1968 zu erwarten sind. Daraus hatte man Mieterhöhungen bis zu 50 Prozent für möglich gehalten. Die unter gleichen Bedingungen vor 1960 gewährten Darlehen für Eigenheime und Eigentumswohnungen sind von der Zinserhöhung nicht betroffen.

Der Bundeswohnungsbauminister hat bei der gestrigen Einbringung der beiden Gesetzentwürfe zu beruhigen gesucht. Es wird keine Mietpreissteigerungen über 25 Prozent hinaus geben. Auch nicht dort, wo sich aus mehreren Anlässen zur Erhöhung ein Satz von mehr als 25 Prozent ergeben könnte. Gemeinsam mit den Ländern wird der Wohnungsbauminister eine Miettabelle erstellen, die sicherstellt, daß keine Miete über 25 Prozent ansteigt. Es soll auch bei der Kostermiete im sozialen Wohnungsbau bleiben. Dort wo bereits vorher andere Ursachen zu Mieterhöhungen führten und auch nach der Zinserhöhung die "zulässige Miete" unter dem Tabellensatz bleibt, wird der Vermieter nur diese niedrigere Miete verlangen dürfen. Soziale Härten sollen durch das Wohngeld ausgeglichen werden. Dem Bund werden durch diese vermehrten Rückflüsse jährlich 100 bis 120 Millionen DM und den Ländern ein Betrag zwischen 300 und 350 Millionen DM zufließen, die zweckgebunden sind und nur für die erneute Förderung von Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaues verwendet werden dürfen. Der soziale Wohnungsbau bleibt also aufrechterhalten. Der Minister konnte dem Bundestag mitteilen, in den ersten sieben Monaten des Jahres 1967 seien in der Bundesrepublik bereits wieder 87 200 Sozialwohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert worden, das seien 27 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Er rechne in diesem Jahr wieder mit 200 000 Bewilligungen, gegenüber im Jahre 1966 nur 150 000.

Aber auch jenen, die mit Macht nach dem freien Wohnungsmarkt drängen, denen das gegenwärtige Mietniveau noch nicht hoch genug ist und die die Gunst der Knappheitspreise nutzen möchten, die den sozialen Mieterschutz als Zwangswirtschaft bezeichnen und die nicht abwarten können, bis ein ausgeglichenes Marktangebot einen wirklichen freien Wohnungsmarkt ermöglicht, konnte der Minister beruhigende Erklärungen geben. Der Gesetzentwurf zur Hinausschiebung des Schlusstermins für den Übergang des Wohnungswesens in den freien Markt ändere nur diesen Termin, nicht die Überleitung in den freien Markt. Das soll sich nur in einem sozial vertretbaren Umfang und Tempo vollziehen. Aber auch diese Verzögerung in einem vertretbaren Kompromiß ist für den Altkausbesitzer in den verbleibenden schwarzen Kreisen "erträglicher" gemacht, durch die Erlaubnis, auch hier die Altmieten ab 1. Januar um 10 Prozent zu erhöhen.

Aus alt mach' neu

Gesunder, bequemer und sicherer wohnen -

Eine Chance für Hausbesitzer und alte Mieter

E.G. - Vor allem sind es alte Menschen, die in unzureichenden, unbequemen, ja sogar gefährlichen Altbauwohnungen leben. Es gibt auch heute noch viele Wohnungen in der Bundesrepublik, die den Begriffen von Hygiene und Wohnkultur keineswegs entsprechen. Sie sind unpraktisch und damit unbequem und gerade für alte und behinderte Menschen, die sich doch fast den ganzen Tag zu Hause aufhalten mühsam zu bewirtschaften. Ärzte, Gemeindefachweibern und Sozialarbeiter wissen aus eigener Anschauung, welche Anstrengung es bedeutet, wenn ein alter Mensch in einer Wohnung lebt, die ohne Bad, ohne WC, oftmals ohne Wasser und ohne Ausguß in der Küche ist. Schon geringere Unzulänglichkeiten, wie Ofenheizen, kosten Kräfte und tragen Unfallquellen in sich.

Jetzt gibt die Bundesregierung den Hausbesitzern Gelegenheit, ohne zu schwere finanzielle Belastung solche Wohnungen den heutigen Erfordernissen anzupassen, wenn sie vor dem 1. Juli 1966 bezogen worden sind.

Für Kredite, die vor dem 31. Dezember 1967 bei den Kreditanstalten zur Wohnungsverbesserung aufgenommen worden (bis zu DM 5.000 - pro Wohneinheit in Mehrfamilienhäusern); gewährt der Bund während einer Laufzeit von fünf Jahren Zinsverbilligungszuschüsse von jährlich drei Prozent. Einkommensschwache Hausbesitzer können ein Bundesdarlehen zu 1,5 Prozent Zinsen erhalten (Näheres kann bei den Kreditinstituten und bei den Kreis- und Stadtverwaltungen erfragt werden). Jetzt also können Hausbesitzer ihren alten Mietern helfen, gern und sicher in ihrer Wohnung zu leben. Wer die oft so schwierigen Lebensverhältnisse alter Menschen kennt, hofft nun, daß viele Hausbesitzer diese Chance mit gutem Willen, Phantasie und Überlegung nützen. Es gibt so viele "Kleinigkeiten", die, zusätzlich zu den grundlegenden Verbesserungen und zur üblichen Wohnungsreparatur, das Leben erleichtern. Dazu gehören unter anderem:

- * die Möglichkeit, unfallsicher, ohne Verbrühungsgefahr heißes Wasser zu bereiten;
- * rutschsicherer Fußbodenbelag;
- * die Installation von genügend Steckdosen, um die Stolperfallen der Verlängerungssehnüre zu vermeiden;
- * das Anbringen von Kippschaltern hilft ungelenkten Fingern;
- * Lichtsignale neben der Klingel erleichtern Schwerhörigen das Leben;
- * die ausreichende Brenndauer der Treppenhausbeleuchtung gibt Sicherheit;
- * Haltegriffe an WC und Badewannen verhindern schwere Unfälle.

Wenn jeder Hausbesitzer sich bemüht, für seine alten Mieter die Wohnung den Bedürfnissen alter Menschen anzupassen, dann können die Kredithilfen der Bundesregierung sich als ein wichtiger Beitrag zur praktischen Altenhilfe auswirken.

Zwei bemerkenswerte Reden zur deutschen Frage

Couve de Murville und Jens Otto Krag in den USA

Von Eberhard Dingels

Die Ansprache des dänischen Ministerpräsidenten Jens Otto Krag vor dem Washingtoner National Presse Club über die Rolle Europas sowie die großangelegte Rede des französischen Außenministers Couve de Murville zum gleichen Thema vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York haben in allen Teilen der Welt ein sehr großes Echo hervorgerufen. Bemerkenswert war hierbei, wie sehr die beiden europäischen Politiker auf die enge Verzahnung des deutschen Problems mit den gesamten europäischen Fragen hingewiesen haben.

Sehr nachdrücklich hat sich der französische Außenminister für das Lebensrecht des gesamten deutschen Volkes eingesetzt, wobei er nicht unterließ, die östlichen Nachbarn Deutschlands um Vertrauen für das deutsche Volk zu bitten. In seiner Rede vermerkte Couve de Murville, daß wohl niemand besser als Frankreich aus der leidvollen Geschichte des deutschen und französischen Volkes die Konsequenzen gezogen habe, um einen neuen Anfang zu setzen. Für die französische Politik geben es nur ein Deutschland: diese Erkenntnis habe dazu geführt, daß Paris die Bemühungen Bonns um eine Lösung des deutschen Problems anerkennt und unterstützt.

Die deutsche politische Öffentlichkeit wäre gut beraten, wenn sie sehr aufmerksam die Deutschland und Europa betreffenden Passagen der Rede des französischen Außenministers zur Kenntnis nehmen würde. Sicherlich gibt es eine Reihe von Vorstellungen der französischen Regierung, die für uns nicht immer verständlich und einleuchtend sind. Trotzdem aber hat sich gezeigt, daß der vor Jahren begonnene Dialog zwischen beiden Völkern seine Früchte getragen hat. Die Auffassung Frankreichs, daß eine friedliche Regelung der deutschen Frage untrennbar mit dem Bemühen um ein zusammenwachsendes Europa verknüpft ist, kann heute mit dem Einverständnis nahezu aller Regierungen und Politiker rechnen.

In ähnlicher Weise hat sich der dänische Ministerpräsident Jens Otto Krag geäußert, wobei er die auch von der Bundesregierung getroffene Feststellung unterstrich, daß nach wie vor die westeuropäischen Staaten der engen Zusammenarbeit mit den USA bedürfen. Die Idee der atlantischen Partnerschaft ist Paris sicherlich nicht angenehm. Interessant aber ist es, daß sowohl der Franzose Couve de Murville als auch der Däne Jens Otto Krag bei der Betrachtung des deutschen Problems zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangen.

Für die Bundesrepublik Deutschland sollten die Ausführungen beider Politiker ein erneuter Beweis dafür sein, daß die für uns lebenswichtigen Kernpunkte einer deutschen Außenpolitik, so wie sie von der Regierung der Großen Koalition entworfen und durchgeführt wird, von ihren Freunden und Verbündeten mit getragen wird. Diese Rückendeckung sollte uns nicht nur die für die Bewältigung so schwieriger Probleme notwendige Sicherheit geben, sondern zugleich Ansporn sein, auf dem als richtig erkannten Weg weiterzuschreiten. Deutschland braucht Europa, aber Europa kann nicht in Frieden miteinander leben, wenn das deutsche Problem ungelöst bleibt. Daran haben Couve de Murville und Jens Otto Krag, jeder auf seine Weise, die Welt erinnert.

Moskau in Zahlen

Perspektiven einer Millionenstadt

W.R. - Die Industrialisierung des Landes stellte die Stadtverwaltung von Moskau vor schwierige Probleme des Verkehrs, des Wohnungswe-
sens und der Versorgung. Die Zuwanderung aus den Landgebieten war durch
die extensive Ausweitung der Betriebe außerordentlich hoch. Ähnliche
Probleme entstanden bekanntlich auch in allen Großstädten westlicher In-
dustrielländer. Die Hinterhöfe, Barackenviertel und Slams waren - und
sind noch heute - ein beredtes Zeichen dieser Entwicklung.

In Moskau rückten die Bürger zusammen. Der Schilderwald an den
Haustüren drückte aus, welche qualvolle Enge sich dahinter verbarg. So
viel sich auch die Stadtverwaltung bemühte, die Bedürfnisse der Wohnun-
gsuchenden zu befriedigen, die Zuwanderung vom Land vergrößerte die Woh-
nungsnot immer mehr. Die Bauvorhaben kamen nicht nach. Das lag zum Teil
an der Staatsplanung, die die Schwerindustrie bevorzugte und dem Woh-
nungsbau nur begrenzte Kapazitäten zwies. Seitdem die Staatspläne dem
Wohnungsbau größeren Spielraum geben, kann nicht nur die Menge des Wohn-
raumes wesentlich erweitert werden, auch der Wohnkomfort wird verbessert.

Bereits im Jahre 1935 wurde der erste Rekonstruktionsplan für Mos-
kau verabschiedet. Der Krieg und die folgenden Jahre unterbrechen das
Programm. In diesen zweiunddreißig Jahren sind trotzdem wesentliche
Bauvorhaben durchgeführt worden. Moskau hat sich räumlich um das Dreifache
vergrößert. Von 28.500 Hektar wuchs die Stadt auf 87.500 Hektar an.
Die Bevölkerung stieg im gleichen Zeitraum von 3,6 auf 6,4 Millionen
Einwohner. Obwohl jährlich etwa 115.000 Wohnungen fertiggestellt wurden,
blieb eine erhebliche Lücke für Wohnungsuchende bestehen. In den letz-
ten drei Jahren erhielten drei Millionen Moskauer Bürger neue Wohnungen.

Seit dem Plan von 1935 sind entscheidende Veränderungen eingetre-
ten, die ein neues Durchdenken der Stadtplanung erforderlich machten.
Vor kurzem hat die Regierung der UdSSR den "Generalplan zur Entwicklung
Moskaus bis 1980" gebilligt. In diesem Plan ist auch eine Regulierung
für das Wachstum der Einwohnerzahl vorgesehen. Der Gefahr, daß Moskau
sich zu einem Wasserkopf des Landes ausweitete, soll vorgebeugt werden.
Für die Stadt ist eine Einwohnerzahl von maximal 6,3 Millionen vorge-
sehen. Um den Anforderungen zu genügen, werden bis 1970 noch 650.000
neue Wohnungen gebaut werden.

Im Norden der Stadt wird ein Ausstellungsgelände, der Botanische Garten und das Fernsehzentrum erweitert, bzw. neu entstehen. In Ostankino geht der Fernsehturm mit einer Höhe von 537 Metern seiner Vollendung entgegen. Im Nordosten, im Stadtteil Sokolniki, werden gleichfalls Ausstellungsgelände, Sportanlagen und Erholungsgebiete zur Verfügung stehen.

Die Silhouette der Stadt wird sich durch neun- bis dreißigstöckige Hochhäuser verändern. Die Architekten sind bemüht, das Neue mit dem Alten so zu verbinden, daß die Stadt ihren Charakter behält. Am Kalininplatz ist das einunddreißig Etagen hohe Gebäude des "Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RgW - COMECON) errichtet worden. Der oft kritisierte Zuckerbäckerstil gehört längst der Vergangenheit an. Gegenwärtig werden auf allen Verkehrsmitteln Moskaus täglich 14 Millionen Fahrgäste befördert. Die Zahl wird sich erhöhen. Wenn es jährlich bisher fünf Milliarden Fahrgäste waren, so werden es in Zukunft sechs Milliarden werden. Der Verkehr wird unter die Erde verlegt oder durch Hochstraßen aufgefangen werden. Buslinien sollen von 600 auf 400 Kilometer Länge erweitert werden. Die Metro soll von gegenwärtig 100 Kilometer (1957 waren es 11,4 Kilometer) auf 320 Kilometer verlängert werden.

Die Zahlen zeigen noch nicht an, welche Probleme die Wasser- und Stromversorgung (heute verbraucht ein Moskower durchschnittlich 2 500 KWh jährlich - die Zahl soll aufs Dreifache erhöht werden -), die Kanalisation usw. aufwerfen. In den vergangenen dreißig Jahren wurden 924 Schulen gebaut, Krankenhäuser mit 54 000 Betten errichtet, sowie Kinderkrippen und Kindergärten mit 212 Plätzen eröffnet. Es ist das Ziel, daß bis 1970 über 1,5 Millionen Telefonanschlüsse installiert werden. Dann besitzt jede zweite Moskauer Wohnung einen Anschluß. Das Straßennetz wuchs von 1 200 Kilometer auf 2 950 Kilometer an.

Diese Pläne können nur durch eine rationalisierte Bautechnik realisiert werden. Moskau mag gegenüber anderen Städten bevorzugt werden; die Stadt ist jedoch nur ein Beispiel, das für viele andere spricht, denn über die Hälfte der Sowjetbevölkerung wohnt heute in den Städten